



**II – 360 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

**Republik Österreich**  
**DER BUNDESKANZLER**

Zl. 410.140/90-IV/1/83

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2  
 Tel. (0222) 66 15/0

Wien, am 31. August 1983

Herrn

Präsident des Nationalrates  
 Anton Benya

1010 W i e n

**134/AB**  
**1983-09-06**  
**zu 66/J**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Stocker, Brandstätter, Dr. Lichal, Ing. Gassner und Genossen haben am 5. Juli 1983 unter der Nr. 66/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Gefährdung von Arbeitsplätzen im Vereinigte Edelstahlwerk AG Ternitz an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie als Eigentümervertreter dafür sorgen, daß durch die Maßnahmen, die im 3. Strukturverbesserungsprogramm für die Vereinigte Edelstahlwerke AG (VEW) vorgesehen sind, im Werk Ternitz nicht weiter Arbeitsplätze verloren gehen?
2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits gesetzt oder beabsichtigt sie noch zu ergreifen, damit bei einer Schließung des Stahlwerkes der VEW in Ternitz die Zahl der Arbeitslosen in der betroffenen Region nicht noch weiter ansteigt?

Ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Das 3. Strukturkonzept für die VEW ist derzeit in Ausarbeitung und wird voraussichtlich mit Ende des III. bzw. Anfang des IV. Quartales 1983 fertiggestellt werden.

- 2 -

Da die in diesem Konzept vorzuschlagenden Maßnahmen zur Strukturbereinigung bei der VEW derzeit noch nicht endgültig vorliegen, kann gegenwärtig auch keine Aussage über den Verlust von Arbeitsplätzen im Werk Ternitz gemacht werden.

Zu Frage 2:

Die Bundesregierung war und ist bemüht, die durch die Weltwirtschaftskrise entstandenen Auswirkungen v.a. in jenen Gebieten möglichst gering zu halten, wo sowohl private als auch verstaatlichte Betriebe eine für die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation des Gebietes bestimmende Bedeutung haben. Oberstes Ziel der Regional- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist dabei die Erhaltung der bestehenden und die Errichtung von neuen Arbeitsplätzen.

Die strukturellen Schwierigkeiten in einigen wichtigen Betrieben im südlichen Niederösterreich veranlaßten das Bundeskanzleramt, am 11. November 1980 in Ternitz eine Regionalenquête abzuhalten, bei der gezielte regionalpolitische Förderungsmaßnahmen zu Gunsten des Raumes Neunkirchen - Wr. Neustadt eingeleitet wurden.

Als unmittelbar auf die Regionalenquête folgende Maßnahme wurde von der Bundesregierung das regionale "ERP-Sonderprogramm Niederösterreich-Süd" eingerichtet, das als Förderungsgebiet die Verwaltungsbezirke Neunkirchen und Wr. Neustadt Land sowie die Statutarstadt Wr. Neustadt umfaßt. Allein für dieses regionale Sonderprogramm des ERP-Fonds mit außerordentlich günstigen Kreditkonditionen ist seither für jedes Geschäftsjahr eine eigene Finanzierungsquote von jeweils S 50 Mio reserviert.

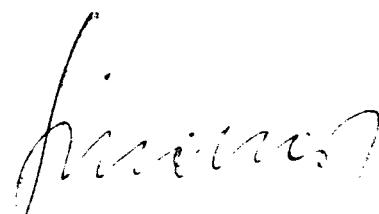
Ebenfalls im Anschluß an die Regionalenquête Ternitz wurde im Sinne einer kooperativen Regionalpolitik eine "Gemeinsame Sonderförderungsaktion Bund/Land Niederösterreich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Niederösterreich-Süd (Neunkirchen - Wr. Neustadt)" vorgesehen, für die seitens des Bundes im Haushaltsjahr 1981 bereits S 25 Mio bereitstanden. Die Einrichtung dieser Sonderförderungsaktion wurde durch die Zurückhaltung des Landes lange verzögert. Ende 1981 kam es schließlich zur einseitigen Einrichtung

- 3 -

dieser Aktion durch den Bund. Erst im Anschluß daran konnte diese Frage im Rahmen der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen Bund und Land am 19. November 1982 endgültig gelöst werden.

Die nunmehr geltenden Förderungsrichtlinien sehen neben einer Prämie von maximal S 100.000,-- je neu geschaffenem Arbeitsplatz auch eine regionale Investitionsprämie in Höhe von 15 % für solche Investitionen vor, mit denen bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Auf Grund der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG hat sich der Bund verpflichtet, für diese Sonderaktion in den nächsten 5 Jahren nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten jährlich S 25 Mio bereitzustellen.

Diese Sonderaktion und die vorher erwähnte ERP-Sonderaktion für das südliche Niederösterreich werden von den Wirtschaftsbetrieben der Region Neunkirchen - Wr. Neustadt rege in Anspruch genommen und die positiven arbeitsmarktpolitischen Folgewirkungen sprechen für die Effizienz dieser Maßnahmen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Minister".